

Der Landrat verwies auf den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 17.06.2019.

Abg. Lehmann sagte, seine Fraktion sei der Ansicht, dass die Daseinsvorsorge in diesem Fall im Kreis nicht erfüllt werde. Darüber hinaus solle man gegen das Gewinnstreben von Asklepios entgegenwirken. Asklepios habe den guten Ruf der Kinderklinik zerstört. Im Jahre 2016 habe die Zeitschrift Der Spiegel sich des Klinikkonzerns Asklepios angenommen. Demnach habe sich der Konzern den Ruf eines Renditetreibers erarbeitet, der auf den Rücken von Ärzten, Pflegeern und Patienten Gewinne mache.

Es stelle sich die Frage, was dagegenspreche, dass man von Seiten der Politik in Verbindung mit Bonn einen Weg suche, die Kinderklinik Sankt Augustin der Uniklinik in Bonn anzugliedern, um die erhöhten Krankenkassensätze der Augustiner Klinik zukommen zu lassen und um einem Missstand in Sankt Augustin zu begegnen.

Der Grund für das Abwandern der leitenden Ärzte aus Sankt Augustin nach Bonn liege nicht an einer höheren Verdienstmöglichkeit, sondern an den besseren Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus habe die Zeitschrift „Der Spiegel“ festgestellt, dass die Pflegekräfte überlastet und die Ärzte mit strengen Vorgaben auf Renditeerzielung ausgerichtet seien.

Der Fall des Asklepios-Konzerns zeige die Folgen, wenn der Staat einen elementaren Teil der Daseinsvorsorge in die Hände privater Unternehmen gebe.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, mit diesem Antrag nutze die Fraktion DIE LINKE die Sorgen und Nöte von Eltern und Beschäftigten, um sich zu profilieren. Anhand des Antrags sei erkennbar, dass man sich mit diesem Thema nicht vernünftig auseinandergesetzt habe, sondern man habe Fragen aneinandergereiht, die mit Recherche hätten beantwortet werden können. Darüber hinaus habe man sein Wissen aus Zeitungen bezogen statt den Landrat aufzufordern, die rechtliche und tatsächliche Sachlage zu ermitteln, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen, welchen Weg man einschlagen wolle.

Durch die Methodik der Antragstellung mache man sich hier als Gesprächspartner unglaubwürdig. Er empfehle, sich dieser Thematik gründlicher zu widmen.

Abg. Steiner sagte, er sei nicht der Ansicht, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Chance besitze diese Fehlstellungen im Bundesgesundheitssystem, was das Thema Klinikfinanzierung angehe zu korrigieren. Es könne nicht im Interesse der Kommunen liegen, die entstehenden Lücken in der gesundheitlichen Versorgung zu schließen, die sie nicht finanzieren können. Es müsse eine Diskussion erfolgen, wie solche Sachen zukünftig finanziert würden.

Hinsichtlich einer angedachten Kooperation zwischen der Kinderklinik in Sankt Augustin und der Uniklinik in Bonn sei er der Meinung, dass die Uniklinik kein Interesse daran habe, zumal sie zur Sicherung ihres eigenen Standortes darum gekämpft habe Zuständigkeiten an den Venusberg verlagert zu bekommen.

Bezüglich der Antragstellung der LINKE-Fraktion teilte er mit, dass man versuchen solle, mit anderen Fraktionen eine sachliche Lösung zu erörtern. Das sei ein praktikabler Weg, um etwas Wichtiges in der Sache zu erreichen.

Weiter führte der Abg. Steiner aus, dass man dieses Thema sensibel aufgreifen müsse. Er sei froh, dass der Landrat und der Sozialdezernent dieses in dieser Art durchführen und die entsprechenden Gespräche auf den Weg gebracht hätten, um eine Lösung zu finden. Bei der Diskussion um den Krankenhausstandort Eitorf habe man die Erfahrung gemacht, wie das Resultat aussehe, wenn eine Angelegenheit „hochkocht“ und eine Richtung einnehme, die man nicht gewollt habe. Das müsse man versuchen zu verhindern.

Abg. Skoda schlug statt des Antrages auf Rekommunalisierung vor, dass die Politik der Verwaltung einen rechtlichen und sachlichen Prüfauftrag erteile, über welche Optionen der Kreis oder ggf. mit der Stadt Sankt Augustin gemeinsam über Eingriffsmöglichkeiten verfüge. Mittels einer entsprechenden Verwaltungsvorlage könne die Politik das weitere Vorgehen beraten.

Der Landrat sagte, er schließe sich dem Redebeitrag des Abg. Steiner an. Es seien bereits Gespräche geführt und Termine in dieser Angelegenheit vereinbart worden. Zunächst sei auch der Träger der Klinik in Hamburg gefordert, zu erklären, wie es mit der Kinderklinik weitergehe. Weiter bemerkte der Landrat, er habe wenig Hoffnung, dass das Kinderherzzentrum weitergeführt werde. Es gäbe noch andere Bereiche der Kinderklinik, die vor allem für die kinderärztliche Versorgung existenziell seien. Nach Informationen der Verwaltung würden dort Kinder kinderärztlich in einem täglichen Umfang einer Größenordnung von 4 bis 5 Kinderarztpraxen betreut.

Er hoffe, dass die Verwaltung bis September mehr Klarheit erlange, um im entsprechenden Fachausschuss darüber zu berichten. Derzeit seien die Überlegungen und Verhandlungen nicht weit genug fortgeschritten, um damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Vor diesem Hintergrund sei sein Vorschlag, den Antrag in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, damit im September mittels Vorlage eine Berichterstattung erfolgen könne.

Abg. Tandler gab zu verstehen, eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens würde keinen Erfolg versprechen. Das Thema müsse hingegen gemeinsam mit allen Beteiligten erörtert werden. Die Kinderklinik habe einen großartigen Ruf und die Menschen machten sich Gedanken, was folge, wenn diese Klinik abteilungsweise geschlossen werde.

Er werde sich dem Vorschlag des Landrates anschließen und einen Verweis des Antrages in den Fachausschuss zustimmen.

Der Landrat sagte, man habe darüber hinaus eine juristische Prüfung in Auftrag gegeben. Das Ergebnis werde man der Politik vorstellen. Aus diesem Grund rege er an, den Antrag in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, um in dieser Sitzung umfassend zu berichten.